

Die andere Seite der Politik: Theorien kultureller Konstruktion des Politischen; Tagung der DVPW-Themengruppe "Konstruktivistische Theorien der Politik" und des DVPW-Arbeitskreises "Politik und Kultur" vom 7.3. - 8.3.2013 an der TU München

Schönherr-Mann, Hans-Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schönherr-Mann, H.-M. (2013). Die andere Seite der Politik: Theorien kultureller Konstruktion des Politischen; Tagung der DVPW-Themengruppe "Konstruktivistische Theorien der Politik" und des DVPW-Arbeitskreises "Politik und Kultur" vom 7.3. - 8.3.2013 an der TU München. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 4(1), 136-139. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61921-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Die andere Seite der Politik – Theorien kultureller Konstruktion des Politischen

Tagung der DVPW-Themengruppe *Konstruktivistische Theorien der Politik* und des DVPW-Arbeitskreises *Politik und Kultur* vom 7.3. – 8.3.2013 an der TU München

*Hans-Martin Schönherr-Mann**

Im Februar 2012 konstituierte sich auf Anregung von Renate Martinsen die Themengruppe über konstruktivistische Theorien der Politik anlässlich einer Tagung an der Universität Duisburg. Demnächst wird der Tagungsband erscheinen. Auf dieser Tagung setzte man sich einerseits mit der Rolle konstruktivistischer Theorien für die Politische Theorie auseinander, außerdem mit konstruktivistischen politischen Denkern wie Luhmann, Foucault und Derrida und mit empirischen Fallstudien. Auf dem Kongress der DVPW 2012 in Tübingen fand ein Workshop des Themenkreises statt, der sich mit der Demokratie im Rahmen konstruktivistischer Ansätze in der Politischen Theorie befasste.

Der Begriff des Konstruktivismus wird dabei nicht auf eine bestimmte Strömung konzentriert. Jedoch spielen die Begriffe der Autopoiesis und der Selbstreferenz aus dem radikalen Konstruktivismus eine wichtige Rolle, die soziologisch bei Niklas Luhmann ausgeführt wurden und im Poststrukturalismus nachwirken. Zum logischen Konstruktivismus der Erlanger Schule bestehen nur entfernte Ähnlichkeiten.

Im März 2013 setzte die Themengruppe ihre Arbeit zusammen mit dem Arbeitskreis *Politik und Kultur* auf einer von Wilhelm

Hofmann ausgerichteten Tagung an der TU München fort, auf der nach dem Zusammenhang zwischen Kultur und Politik aus konstruktivistischer Perspektive gefragt wurde. Dabei standen insgesamt drei Themenbereiche im Vordergrund.

1. Das allgemeine Verhältnis von Kultur und Politik

Dessen Grundproblematik formulierte *Holger Zapf* von der Universität Göttingen, indem er nach dem Einfluss der Kultur auf das politische Denken fragt. Doch er setzt nicht etwa einen bestimmten Kulturbegriff voraus, sondern bemerkt schlicht verschiedene Begriffe: von einer Kultur, die das politische Denken kaum beeinflusst, über einen zunehmenden Einfluss der Kultur auf das politische Denken, wenn Kultur politische Interpretationsrahmen liefert, bis hin zu einem starken Kulturbegriff, der das politische Denken weitgehend dominiert. Dabei verstehen sich politische Theorien ihrerseits entweder als relativ unabhängig von kulturellen Bedingungen, oder sie entwerfen sich als authentische Produkte ihrer jeweiligen Kultur. So unterscheidet Zapf drei Varianten der Argumentation, und zwar auf der einen Seite implizit partikularistische und universalistische und auf der anderen Seite explizit partikularistische. Je kulturspezifischer die Argumentation, desto stärker wird die Bedeu-

* Prof. Dr. Hans-Martin Schönherr-Mann, Ludwig-Maximilians-Universität München
Kontakt: hmschmann@gsi.uni-muenchen.de

tung der Kultur für politische Theorien betont und umgekehrt. Je stärker andererseits der latente Einfluss der Kultur auf die Politische Theorie ist, desto universalistischer wird argumentiert beziehungsweise je eher sich der Einfluss von Kultur auf die Politische Theorie im Zuge von Modernisierungsprozessen abschwächt, desto explizit partikularistischer wird argumentiert. Dadurch gelangt Zapf zu dem paradoxen Ergebnis, dass eine explizit partikularistische Argumentation ein Indikator für einen schwachen kulturellen Einfluss ist, während umgekehrt implizit partikularistische und universalistische Theorien Indikatoren für einen starken kulturellen Einfluss sind. Somit widersprechen die jeweiligen Bedingungen den jeweiligen Theoriegehalten.

Dieser allgemeinen Diagnose stehen spezifische Ansätze entweder stärker aus kulturalistischer oder aus politiktheoretischer Sicht gegenüber, die sich dabei um konstruktivistische Vorgehensweisen bemühen oder sich ihnen gegenüber eher abgrenzen. So avanciert für *Jan Christoph Suntrup* von der Universität Bonn in kulturalistischer Perspektive Kultur selbst zum Argument in politischen Diskursen beispielsweise über Identität. Hierbei zeigt die identitätsstiftende Tradition einen autopoietischen Grundzug, was nicht heißt, sie wäre konstruiert oder erfunden. Allerdings werden von politischen Interessen bestimmte Traditionen durchaus verstärkt und benutzt. Diesem instrumentellen Umgang mit Tradition antwortet eine rechtstaatliche Argumentation, der es um die Sicherung der Lebensformen von Minderheiten geht, was indes häufig nur unzulänglich gelingt.

Vincent Gengnagel und *Alexander Hirschfeld*, Soziologen an der Universität Bamberg, verfolgten umgekehrt eine herrschaftssoziologische Perspektive, die sie indes kulturalistisch erweitern. Ausgehend vom Herrschaftsbegriff bei Weber, kritisieren Gengnagel/Hirschfeld dabei ein zu geringes politikwissenschaftliches Augenmerk einerseits auf kulturelle Machteffekte und andererseits auf soziale Widerstandsbewegungen als Teile des politischen Systems.

Jörn Knobloch von der Universität Potsdam grenzt dagegen Politik von der Kultur ab, ohne sie im Sinn von Niklas Luhmann auf ein autopoietisches System reduzieren zu müssen. Dazu greift Knobloch auf Eric Voegelin zurück, der epochenübergreifende politische Ordnungsstrukturen diagnostiziert, aus denen heraus man umgekehrt Kultur in politiktheoretischer Perspektive interpretieren kann.

2. Poststrukturalistische Theorien von Kultur und Politik

Neben Niklas Luhmann wurden besonders häufig poststrukturalistische Ansätze bemüht. *Nina Eggers* von der Universität Duisburg-Essen setzt sich mit dem Verhältnis von Politik und Kultur bei Jacques Rancière auseinander. Dieser überschreitet die kulturalistischen Konzepte, die der rechtlichen Gleichheit die soziale und individuelle Andersheit entgegenstellen. Dadurch geht einerseits das Politische im Kulturellen auf, andererseits werden soziale Identitäten festgeschrieben. Dagegen insistiert Rancière auf einer radikalen Gleichheit.

Neben der Differenz von Gleichheit und Andersheit spielt in poststrukturalistischer Perspektive die Unterscheidung von Dissens und Konsens eine zentrale Rolle, die *Werner Friedrichs* von der Universität Hannover zum einschlägigen politischen Kriterium erheben wollte. Darin liegt für Friedrichs die Chance, Politische Theorie auch mit den Werken von Rancière, Mouffe und Laclau zu verbinden, um dadurch das Verhältnis von Politik und Kultur speziell für die politische Bildung zu erhellen.

Gengnagel/Hirschfeld möchten zwischen den konsens- und konfliktorientierten politischen Theorien im Rückgriff auf Max Weber vermitteln. Dessen Begriff der legalen Herrschaft der Bürokratie, die zunehmend die Regierung bestimmt, verbinden sie mit Foucaults Konzept der Gouvernementalität und greifen andererseits auf Bourdieus Unterscheidung zwischen dem Sozialen als unbe-

wusstem Feld, der Politik als Herrschaftsanspruch und dem Politischen als Ort des Konfliktes und Dissenses zurück. Kultur vermittelt dann zwischen dem Sozialen als Unhinterfragbarem und dem Politischen als Hinterfragbarem.

Ähnlich präsentiert sich Kultur für Nina Eggers als Sinnhorizont, innerhalb dessen soziale Teilhabe und Ausgrenzung in politische Partizipationsansprüche auslaufen. Damit lässt sich zwischen der Differenz als Logik der Polizei als Ordnungsmacht und der Gleichheit als Logik des Politischen unterscheiden, durch die die politische Ordnung in Frage gestellt, Unrecht angeklagt und politische Partizipation gefordert wird. Rancière spricht von politischer Subjektivierung. Damit entwickelt er einen Kulturbegriff jenseits kollektiver Identitäten, der sich vielmehr auf die Gleichheit und den universellen Anspruch der Teilhabe am Gemeinsamen stützt, nämlich in einem normativen Sinn BürgerIn zu werden. Die/der kulturell Andere, Fremde, Exkludierte soll derart problematisiert werden und in einer Kultur als gemeinsamen sinnlichen Horizont ihre/seine Ähnlichkeit durch Politisierung erscheinen. Derart erweist sich Politik als eine normative Neubeschreibung nicht allein aus dem Negativen, sondern entlang der Gleichheit aus dem Positiven. Politik stellt dann das Bestehende mit dem Anspruch auf inkludierende Partizipation in Frage.

3. Semantik und Gesellschaft

Ging es einerseits um die Bestimmung von Politik und Kultur im Allgemeinen, wiewohl immer mit speziellen, häufig konstruktivistischen Blickwinkeln, so beherrschte andererseits ein Thema die Tagung, das den *linguistic turn* spiegelt, nämlich dass sich das Verhältnis von Politik und Kultur vor allem mittels verschiedener semantischer Konzeptionen bestimmen lässt. So markiert für Jan Christoph Suntrup die kulturalistische Wende gewisser Teile der Sozialwissenschaften ein gesteigertes Interesse für semantische

Fragestellungen. Ein darüber hinausgehender, reflektierter kulturwissenschaftlicher Blick vermag differenzierter politische Konflikte auszuleuchten, um allzu grobe Raster wie den *Clash of Civilisations* zu vermeiden.

Michaela Zöhrer von der Universität Augsburg machte das Semantikkonzept Niklas Luhmanns für Analysen im Bereich der politischen Kultur fruchtbar. Die Politik versteht sie im Anschluss an Luhmann antiesentialistisch als Fähigkeit, ‚kollektiv bindende Entscheidungen‘ zu ermöglichen. Ähnlich versteht sie Semantik als Sinn- und Differenzierungsvorrat, der die Selbstbeschreibung von Gesellschaft ermöglicht. Dabei geht es nicht nur um Parallelen zwischen Sozialstruktur und Semantik, sondern auch um sozialkonstitutive Funktionen von Semantiken, sollte eine kulturorientierte Systemtheorie in dieser Hinsicht von den Cultural Studies lernen.

Werner Friedrichs wendet sich speziell dem Spätwerk von Niklas Luhmann zu, das die autopoietische Perspektive verschärft. Gesellschaft beruht auf der Sicherstellung von Kommunikation. Kultur entsteht, wenn dieser Prozess reflexiv wird, um durch Sinnstrukturen und Semantiken das System gegenüber der Umwelt zu stabilisieren. Kultur grenzt sich dabei von den sozialen Subsystemen ab.

Hagen Schölzel von der Lund University/Campus Helsingborg greift auf das Konzept der ‚kulturellen Grammatik‘ aus dem *Handbuch der Kommunikationsguerilla* zurück. Es geht dabei um die Überschreitung konventioneller Sprachordnungen, beispielsweise in der Aktionskunst oder durch die Verfremdung von bekannten medialen Repräsentationen. Im Rückgriff auf de Saussure und Barthes werden in diesem Konzept unbewusste Zeichenstrukturen diagnostiziert, die kulturelle Orientierungen ausdrücken, die politische Implikationen mit sich bringen. Um den politisch praktischen Bezug herzustellen, greift Schölzel auf die Akteur-Netzwerk-Theorie von Bruno Latour zurück. Die AkteurInnen bewegen sich in Interaktionsbeziehungen, in denen das Moment des

Handeln möglich bleibt, sie nicht allein durch Symbolsysteme hinterrücks gelenkt werden. Da es bei diesen Interaktionen auch wesentlich um Kommunikation geht, folgt Schölzel einem Ansatz aus der Unternehmensberatung, nämlich dem Kommunikationscontrolling, das angesichts eigendynamischer Kommunikationswechselwirkungen diese in eine bestimmte, die gewünschte Richtung lenken sollen.

Wolf J. Schünemann von der Universität Landau und *Reiner Keller* von der Universität Augsburg präsentierten die von Letzterem entwickelte wissenssoziologische Diskursanalyse. Sie beruft sich unmittelbar auf die eher theoretischen Texte Foucaults und auf *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit* von Peter Berger und Thomas Luckmann. Sie positioniert sich damit zwischen der Diskursethik von Jürgen Habermas und Talcott Parsons soziologischer Sys-

temtheorie. Die wissenssoziologische Diskursanalyse greift dabei eher auf das Wort Narrativ zurück denn auf den Begriff der Semantik. So spricht Wolf Schünemann vom narrativen Nationalismus, den er von einem programmatischen und einem strukturalen unterscheidet.

Der konstruktivistische Blick schwenkte also von der Kultur zur Politik und zurück und offenbarte dadurch auch ein gespanntes Verhältnis zwischen beiden. Vor allem vor dem Hintergrund poststrukturalistischer wie semantischer Konzepte entwickelte diese Spannung auch partizipatorische und emanzipatorische Ansprüche – man denke hier vor allem an Rancière und die ‚kulturelle Grammatik‘. Andererseits eröffneten sich auch zahlreiche konstruktivistische Differenzierungen, die sich als wissenschaftlich äußerst produktiv erwiesen.